

Bundesrepublik zuwanderten, als „Migranten“, was nach eigenem Bekunden „schlicht falsch“ ist. Er vermischt soziale Gruppen mit „Generationen“ und schreibt diesen nicht nur jeweils bestimmte Charakteristika, Werte und Gefühle zu, sondern auch ein anderes „Heimatland“. Weiter geht Schiffauer davon aus, dass auch Kinder und Enkelkinder hier lebender MigrantInnen „Anpassungsleistungen“ zu erbringen bzw. erbracht hätten (97). Damit reproduziert er einerseits den Integrationsimperativ, andererseits die von ihm kritisierte banale „*Ver-Anderung*“ (96). Daran werden die dilemmatischen Eigenschaften sozialer Repräsentation deutlich.

Parallelgesellschaften gibt es nicht – so ließe sich dieser Text zusammenfassen. Schiffauer gelingt es tatsächlich, die übliche Struktur der Debatte zu überwinden. Die Fallstudien sind die stärksten Momente des Buches, das rekonstruktive Verfahren öffnet den Blick für neue Perspektiven. Wer allerdings den geforderten Perspektivwechsel von einer organischen Kulturvorstellung à la Herder hin zu einer prozessualen Vorstellung von Kultur als etwas, das sozial „gemacht“ wird, bereits vollzogen hat, wird über die Fallstudien hinaus nicht viel Neues erfahren. Schiffauers Anliegen scheint eine Art „Ausstiegshilfe“ aus der Leitkultur-Debatte zu sein, auf die er verständnisvoll eingeht. Dabei wäre der eine oder andere Schritt weiter sicherlich wünschenswert. Dennoch ist die von Schiffauer gebaute Brücke zu einer anderen Rahmung gesellschaftlicher Debatten ein wichtiger Beitrag, fallen doch auch KritikerInnen der „Leitkultur“ immer wieder darauf zurück, ein Fundament gemeinsamer Werte zu fordern. **Elena Buck**

Gérard Bouchard/Charles Taylor (Ed.): Building the Future. A Time for Reconciliation; Commission de consultation sur les pratiques d’accommodement reliées aux différences culturelles. Québec: 2008.
<http://www.accommodements.qc.ca/documentation/rapports/rapport-final-abrege-en.pdf>

Es ist schon einige Zeit her, etwa 140 Jahre, dass die Staatsregierung im Königreich Sachsen im sogenannten Vormärz eine große soziale Enquete organisierte. Die Lage der Arbeiter und der kleinen Handwerker wurde zunehmend prekärer – eine Folge des rasanten und ziemlich ungesteuerten industriellen Wachstums sowie mehrerer Missernten. Die „arbeitenden Klassen“ begannen sich zu organisieren, und die „Extreme des Kommunismus“ bedrohten das aufstrebende Bürgertum. In dieser Situation Anfang 1848 richtete ein Abteilungsleiter im Innenministerium einen flammenden Appell an „Arbeiter und Arbeitgeber aller Klassen“ unter „Sonderung der Gewerbe“, sich in Kommissionen einzufinden, um „Material zu sammeln, die wirklichen Zustände zu erörtern und darzustellen, sowie ihre Ansicht über die mögliche Abhilfe“. Die Fragestellung an diese Ausschüsse hieß: „Was thut vor Allem Noth in der Arbeiterfrage?“ und wurde in 384 Einzelfragen unterteilt, die in der Regel qualitativ zu beantworten waren. Bei 1.975 Ausschüssen, die ihre Antworten einschickten, liegt es auf der Hand, dass die Hauptkommission mit der Auswertung des Materials heillos überfordert war. Unglücklicherweise kam auch noch die „Revolution“ dazwischen, so dass diese Enquete schließlich scheiterte.

Fortan verlegte man sich darauf, die sozialen Zustände in modernen Staaten quantitativ zu erfassen; so ließen sie sich besser operationalisieren. Das ist dann auch das Hauptgeschäft der amtlichen Statistik und der Soziologie geworden. Die Enquete hat

jedoch gegenüber dem zahlenmäßigen Fragebogen einen interessanten Vorteil: Sie kann wissenschaftliches Erhebungsinstrument sowie soziale und politische Praxis zugleich sein, indem diejenigen, über die Wissen erhoben werden soll, sich miteinander ins Verständnis setzen müssen. Sie sind idealerweise nicht Objekt der Beobachtung, sondern Experten ihrer selbst.

Das ist der wissenssoziologische Aspekt einer ganz außergewöhnlichen Veranstaltung, über die eine Kommission unter Leitung des Soziologen Gérard Bouchard und des Philosophen Charles Taylor nun Bericht erstattet hat. Vorausgegangen war unter anderem ein Beschluss des Gemeinderats der quebecoisen Kleinstadt Hérouxville, dass Gesichtsverschleierungen und die Steinigung von Frauen fortan verboten sein sollten. Zwar stellte sich dieses Problem in dieser Kommune gar nicht, aber vielleicht hatte gerade dieser Umstand die enorme öffentliche Erregung ausgelöst, die in der Rede von einer „Integrationskrise“ („accomodation crisis“) gipfelte – ausgerechnet im kanadischen Teilstaat Quebec, der gemeinhin als ein Musterbeispiel für gelungene Interkulturalität gilt. Angesichts dieses „Aufruhrs“ („a time of turmoil“), der von einer Reihe weiterer Auseinandersetzungen über die Rechte und Pflichten von kulturellen und ethnischen Minderheiten flankiert wurde, setzte die Provinzregierung die erwähnte Kommission ein und beauftragte sie, Empfehlungen auszuarbeiten, „to ensure that accomodation practices conform to the values of Québec society as a pluralistic, democratic, egalitarian society“.

Die Kommission veranstaltete 59 Anhörungen mit Vertretern „soziokultureller Organisationen“, also Religionsgemeinschaften, Verbänden, Kulturvereinen usw. Sie hielt 22 Regionalforen ab und vier überregionale, wertete 900 Eingaben aus und diskutierte mit deren Autoren in 328 persönlichen Anhörungen. Und das alles innerhalb eines halben Jahres (zwischen August 2007 und Januar 2008).

Das Ergebnis: „... we have come to the conclusion that the foundations of collective life in Québec are not in a critical situation.“ Vielmehr, so schreiben die Autoren weiter, hätten es die Quebecer mit einer Wahrnehmungskrise („crisis of perception“) zu tun. Diese resultiere aus einer Unkenntnis kultureller Eigenheiten bestimmter Gruppen und – damit zusammenhängend – mit weit verbreiteten Gerüchten, die implizierten, dass einige Gruppen unter dem Deckmantel des Minderheitenschutzes einer Mehrheit ihre Gepflogenheiten oktroyieren wollten. Der Report führt einige solcher *urban legends* auf und rekonstruiert ihren Wahrheitsgehalt. Etwa die Geschichte, dass einige Lebensmittel deshalb immer teurer würden, weil die Konzerne die Produktion heimlich an die strengen Anforderungen orthodoxer Juden anpassten und den Profit am Ende mit Rabbinern teilen würden.

Im Effekt bedroht diese Perzeptionskrise nicht nur das friedliche Zusammenleben von Zuwanderergruppen, religiösen Minderheiten und der franko-kanadischen Mehrheitsgesellschaft von Quebec. Sie untergräbt auch die Legitimität einer Politik, die sich dem Prinzip der „angemessenen Anerkennung“ („reasonable accomodation“) verpflichtet fühlt. Dieses Prinzip hat in den vergangenen Jahren zu einer Reihe von Integrationsprogrammen und -maßnahmen geführt und ist auch für Gerichtsentscheidungen maßgeblich geworden. „Angemessene Anerkennung“ bedeutet, dass „the rule of equality sometimes demands different treatment“. Die Kommission erwähnt das Beispiel eines Verbots von Injektionsspritzen in Klassenräumen. Diese Norm leuchtet prinzipiell jedem ein; sie benachteiligt jedoch Schüler mit Diabeteserkrankung existenziell, weshalb sie niemals strikt gelten kann, sondern Ausnahmen zulassen muss. Dasselbe gilt für Bekleidungs Vorschriften in Bezug auf Schwangere und spezielle Parkplatzreservierungen für Menschen mit Behinderung. Diese Logik auch auf interreligiöse und interkulturelle Kon-

fliktfälle zu übertragen, scheint eine wesentliche Grundlage einer multikulturellen Gesellschaft zu sein.

Dies bedeutet in den Augen der Kommission jedoch nicht, einem absoluten Werterelativismus das Wort zu reden. Sie hat vielmehr einen kleinen Katalog an unhintergehbaren *essentials* aufgestellt, die Interkulturalismus rahmen oder rahmen sollten. Dazu gehören die Definition des politischen Systems von Quebec als liberal und demokratisch sowie des Französischen als erster Sprache (bei gleichzeitiger staatlicher Förderung der jeweiligen Muttersprachen von Zuwanderern). Weiter sollten alle Gruppen – „Mehrheit“ wie Minderheiten – akzeptieren, dass ihre jeweilige Kultur durch Austausch transformiert werde. Und letzterer erfordere, dass „cultural, and, in particular, religious differences need not be confined to the private domain“. Es sei „gesünder“, wenn Differenzen öffentlich sichtbar seien, sodass man die Unterschiede „des Anderen“ kennenlernen könne, anstatt sie zu verleugnen oder zu marginalisieren.

Diese Forderungen sind im wesentlichen an den Einzelnen beziehungsweise die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen gerichtet. Für den Staat sollte vor allem ein Prinzip gelten: strikte weltanschauliche Neutralität; anders könnten religiöse Konflikte nicht befriedet werden, ohne einzelne Religionsgemeinschaften zu bevorteilen. Die Autoren präferieren ein Konzept des „offenen Säkularismus“, der vier Elemente beinhaltet: 1) die moralische Gleichheit („equality“) der Person, 2) Religions- und Gewissensfreiheit, 3) die reziproke Autonomie von Kirche und Staat und 4) staatliche Neutralität. So nachvollziehbar das klingt, so weitreichend sind die Konsequenzen, wollte man diese Empfehlung ganz ernst nehmen. Die Kommission hat sich mit einigen von ihnen auseinander gesetzt, etwa mit der Frage, ob Staatsdiener religiöse Symbole tragen dürften (ja, bis auf solche, die in einer herausgehobenen Position den Staat selbst „verkörpern“), wie mit religiösen Feiertagen zu verfahren sei und was dann aus dem religiösen (also katholischen) Erbe Quebecs werde.

Es fällt auf, dass die Vorschläge der Kommission für eine weitere Integrationspolitik relativ vage ausfallen. Oder zumindest nicht prinzipieller Natur sind. Zur Lösung interkultureller Konflikte, so die Autoren, müsse man zwischen einer „legal route“ und einer „citizen route“ differenzieren: „In all of the cases, we can see how preferable it is to focus on the citizen route instead of the legal route, insofar as the former fosters the awareness among individuals of their responsibilities and seeks to avoid the emergence of conflict and antagonism.“ Illustriert wird das an der sogenannten Kirpan-Affäre. Ein Kirpan ist ein zwanzig Zentimeter langer Dolch, den manche Sikhs als religiöses Symbol bei sich tragen. In Schulen konfliktiert diese Tradition mit dem allgemeinen Waffenverbot – oder andersherum: Das Verbot des Kirpans verstößt gegen die kanadische Menschenrechtscharta, wie der Supreme Court 2006 entschied. Vorausgegangen war ein heftiger Konflikt an einer Schule in Montreal, der mit der Gerichtsentscheidung allein freilich nicht ausgeräumt war. Während die Kirpan-Gegner um die Sicherheit ihrer Kinder fürchteten (vordergründig jedenfalls), hielten die Befürworter die Religionsfreiheit hoch. Erst durch ausführliche Verhandlungen zwischen Schulbehörde und Eltern des betreffenden Schülers, in denen auch die Symbolhaftigkeit des Kirpans zur Debatte gestanden hatte, konnte ein Kompromiss gefunden werden, den beide Seiten mittragen konnten: Der Schüler sollte einen kleinen, symbolischen Kirpan an einer Halskette tragen.

Das ist es, was Bouchard und Taylor mit „citizen route“ meinen: Statt sich auf abstrakte Prinzipien zu berufen, die in einer pluralistischen Gesellschaft zwangsläufig nicht immer vereinbar sein können, müssten Lösungen von Fall zu Fall gefunden werden. Mit anderen Worten: „It is the context and dialogue that become decisive.“

Das Projekt der „Commission de consultation sur le pratiques d’accomodement reliées aux différences culturelles“ ist faszinierend, weil es spezifische Probleme des interkulturellen Zusammenlebens ernst nimmt. Man hat keine standardisierten Meinungsumfragen initiiert und die Ergebnisse quantitativ aggregiert, was letztlich wieder zur Festlegung abstrakter Prinzipien führen würde. Man hat auch nicht einfach ausgewählte Vertreter einiger Religionsgemeinschaften zu einem symbolischen „Dialog“ in ein Ministerium eingeladen, wie man es in Deutschland macht und was dazu führt, dass der Staat als moralische Letztinstanz entscheidet, wer dazugehören darf und wer nicht. Nein, die Kommission hat das Lokale in den Blick genommen; das ist überall dort, wo Konflikte eigentlich entstehen. Sie hat die Beschwerden, Eingaben, Beobachtungen der Quebecer aufgenommen und lässt sie auch in ihrem Bericht zu Wort kommen. Konsequenterweise weist sie die Verantwortung für die Lösung dieser Konflikte wiederum der lokalen Ebene zu.

Zu fragen bleibt, ob ein solches Projekt Vorbild für Europa sein könnte. Der Bericht macht deutlich, dass sich der kanadische multikulturalistische Anspruch von der verfehlten oder gar nicht vorhandenen Integrationspolitik der vergangenen Jahrzehnte in den meisten europäischen Staaten unterscheidet. Während Quebec über lange Zeit Einwanderer willkommen geheißen habe, hätten die Europäer – speziell Dänemark, Deutschland und England – sie als „Besucher“ betrachtet, die irgendwann wieder gehen würden. Deshalb würden die nachfolgenden Generationen, Kinder aus Migrantenfamilien in deutschen Großstädten und französischen *banlieues* leben, ebenso abgehängt von der Kultur ihrer Vorfahren wie von einer prosperierenden Wohlstandsgesellschaft, die ihnen die Teilhabe versage. Dies produziere Unzufriedenheit, mitunter Aufstände, die wiederum die Mittelschichten „irritierten“ und ihren „guten Willen“ untergruben. In der Folge erstarkten fremdenfeindliche rechte Bewegungen.

Diese Beschreibung ist recht pointiert. Sie dient vor allem dazu, den Quebecern eines vor Augen zu führen: In Quebec mag es einzelne Konflikte geben, die sich in den vergangenen Jahren eventuell zu einer „Perzeptionskrise“ hochgeschraubt haben. Europa dagegen hat womöglich ein *wirkliches* Integrationsproblem. **Daniel Schmidt**

Paul du Gay: Organizing Identity. Persons and Organizations ‘After Theory’. London: Sage Publications 2007.

Nachdem *Identität* als Thema eine wahre Modewelle durchlebt hat, scheint sich die wissenschaftliche Debatte nunmehr erschöpft zu haben. Das thematische Feld wurde in allen sozialwissenschaftlichen Disziplinen bearbeitet und bei Schlagwörtern wie Corporate Identity, Markenidentität und Cyberidentität wird klar, dass *Identität* ebenso die Wirtschaftswissenschaften, Werbeindustrie und Computernetzwerke erobert hat.

Paul du Gay stellt gleich zu Beginn seines Buches die grundlegende Frage, ob der Topos *Identität*, welcher zwar neue Bereiche besetzt und mit der Erweiterung der Forschungsgebiete neue Konzepte hervorbringt, gleichzeitig als Kategorie sein Erklärungspotential verliert. Seine Antwort lautet: Ja! Der Grund dafür liegt in dem, was er als „theoretisches Moment“ bezeichnet. Ausgehend von poststrukturalistischen Ansätzen, die die Entstehung von *Identität* aus dem Verhalten heraus erklären, wobei das manifeste Bewusstsein nur aufgrund von Leugnung und Unterdrückung des „Anderen“ entsteht, zeichnet er den Faden der theoretischen Auseinandersetzung mit *Identität* nach. Seine